

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/60

27. März 1974

Frontalangriff der Arbeitgeber

Großangelegte Kampagne gegen die Mitbestimmung

Von Hans Urbanik MdB

Stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD

Seite 1 / 39 Zeilen

Lehre aus Kiel: Den Wähler mobilisieren I

Ein Großteil des SPD-Potentials blieb der Kommunalwahl
fern

Von Norbert Gangel MdB
Mitglied des SPD-Parteirates

Seite 2 und 3 / 80 Zeilen

Die große Herausforderung an die SPD

Biedenkopfs CDU beginnt die geistig-wissenschaftliche
Auseinandersetzung

Von Rüdiger Reitz

Referent für Kirchenfragen beim SPD-Partei Vorstand

Seite 4 bis 7 / 149 Zeilen

Frontalangriff der Arbeitgeber

Großangelegte Kampagne gegen die Mitbestimmung

Von Hans Urbanik MdB

Stellv. Vorsitzender der Arbeits-
gemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) in der SPD

Die Arbeitgeberkündigung in Köln gegen die Mitbestimmungs- und Vermögensbildungspläne der Bundesregierung war vorläufiger Höhepunkt einer Kampagne, die seit Monaten systematisch vorbereitet wurde. Wenn der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Schleyer, die Mitbestimmung als "gewerkschaftliche Machtergreifung in Wirtschaft, Gesellschaft und letztlich im Staat" und als "eine drohende Gefahr für die bestehende Ordnung" bezeichnet, und der Vorstandsvorsitzende der Farbenfabriken Bayer, Kurt Hangen, feststellt, daß die "paritätische Mitbestimmung Zwischenstation auf dem Wege zur sozialistischen Staatswirtschaft" sei, dann ist hier ganz offensichtlich der Sinn der Sozialpartnerschaft nicht begriffen worden.

Hier wird ein Klassenkampf von oben geführt, der durch die Sozialpartnerschaft eigentlich überwunden sein sollte. Die Erklärung Schleyers, von den Gewerkschaften gehe eine Bedrohung der Freiheit aus, ist ihrem Stil und Inhalt nach nicht nur eine Verleumdung, sondern auch durch das darin zum Ausdruck kommende Klassendenken eine Erschütterung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Sachliche Argumente waren jedenfalls in Köln nicht zu hören.

Die restaurative Haltung der Unternehmer wurde deutlich, als Schleyer die Bewährung der Montan-Mitbestimmung als eine "Legende" bezeichnete. Hier wird versucht, einen Weg weit zurück in die fünfziger Jahre zu beschreiten; und übrigens auch weit zurück hinter das Gutachten der sog. Biedenkopf-Kommission, das die Montan-Mitbestimmung vollauf bestätigt. Denn längst ist unumstritten: Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Montan-Industrie hat sich ausgezeichnet bewährt.

Die deutsche Stahlindustrie und der Steinkohlebergbau haben schließlich mit Hilfe der Mitbestimmung die schwierigen Struktur- und Personalprobleme im Sinne einer fortschrittlichen sozialen Betriebspolitik lösen können. Die Montan-Industrie insgesamt steht heute in der Bewertung gegenüber anderen Ländern gut da. Zweifellos hat dazu die Mitbestimmung entscheidend beigetragen. Offenbar sehen die Arbeitgeber derzeit eine öffentliche Stimmungslage, die eine derartige Kampagne gegen die (Montan-)Mitbestimmung rechtfertigen könnte. Es ist eine alte sozialdemokratische Erfahrung, daß die Konservativen gesellschaftspolitische Reformen seit jeher durch Panikmache unter der Bevölkerung zu verhindern suchen.

Der Frontalangriff der Arbeitgeber in Köln auf die von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwürfe zur Mitbestimmung und Vermögensbildung ist mit Sicherheit nur Auftakt einer Kampagne, die in den nächsten Monaten verstärkt gegen die Koalition geführt wird. (-/27.3.1974/bgy/pr)

Lehre aus Kiel: Den Wähler mobilisieren I

Ein Großteil des SPD-Potentiale blieb der Kommunalwahl fern

Von Norbert Gensel MdB

Mitglied des SPD-Parteirates

Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom vergangenen Sonntag in der Landeshauptstadt Kiel ist nicht repräsentativ für Schleswig-Holstein. Eine Analyse hat aber dennoch überregionale Bedeutung, weil sie Aufschlüsse darüber liefert, wie die Wählermeinung über die SPD in anderen Großstädten der Bundesrepublik zur Zeit ist. In Kiel hat die CDU bei den Kommunalwahlen im Vergleich zur Bundestagswahl 11,5 vH. gewonnen; die SPD hat 11,9 vH. verloren; die FDP hat 0,7 vH. verloren, die DKP hat 0,8 vH. gewonnen. Ohne Zweifel eine schwere Niederlage für die SPD.

In Anbetracht der für Kieler Kommunalwahlen guten Wahlbeteiligung von 72,4 vH. scheint die Annahme naheliegen, daß eine große Zahl von Wechselwählern von der SPD an die FDP vorbei zur CDU gegangen ist. Eilig ziehen manche mehr oder weniger wohlmeinende Kommentatoren daraus den bundesweiten Schluß, die SPD habe durch innere Querelen und durch eine verunsichernde Reformpolitik die breite Wählermitte der CDU zugetrieben, sie müsse daher Exekutionen à la Strauß durchführen und Ausmaß und Tempo ihrer Reformen weiter zurückschrauben. Diese Ratschläge sind voreilig und falsch; denn der Schein der Prozentzahlen trügt.

Das Bild sieht anders aus, wenn man die absoluten Wählerzahlen betrachtet. Dabei kann gerade der Vergleich zwischen der Bundestagswahl und der Kommunalwahl Aussagen über mögliche Wechselwähler liefern. 1972 beteiligten sich 178.000 Wähler (90,5 vH.), 1974 nur 139.000 (72,4 vH.). Die DKP nahm von 507 Wählern 1972 (0,3 vH.) um 1.120 auf 1.627 (1,2 vH.) zu. Die CDU nahm von 61.355 Wählern 1972 (34,5 vH.) um 2.155 - also noch nicht einmal doppelt so stark wie die DKP (!) - auf 63.510 (46 vH.) zu. Die SPD verlor 38.346 Wähler (1972: 98.578, 1974: 60.232), die FDP verlor 4.622 Wähler (1972: 16.439, 1974: 11.817). Die FDP verlor seit der Bundestagswahl jeden vierten Wähler, die SPD gar jeden dritten Wähler! Von den 43.000 Verluststimmen der Sozialliberalen konnten ihre politischen Gegner aber nur etwas mehr als 3.000 Stimmen gewinnen. Fast 40.000 der früheren sozialliberalen Wähler blieben zu Hause.

Dieser Vergleich der absoluten Zahlen berücksichtigt nicht den Austausch von Wählern zwischen den Parteien und den Austausch der Wahlbeteiligung. Daß dieser Austausch relativ gering gewesen sein muß, läßt sich aus der Kommunalwahlbeteiligung in den Stimmbezirken ablesen, die bei der Bundestagswahl unter den 200 Kieler Stimmbezirken Hochburgen der SPD bzw. der CDU waren. Während die Wahlbeteiligung in den elf SPD-Hochburgen (Arbeitnehmer auf dem Ostufer) um fast 25 vH. sank, hielt sie sich dagegen in den fünf CDU-Hochburgen (die

Villenviertel des Westufers) fest in der Höhe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl. Das durchschnittliche Ergebnis der SPD in diesen elf Stimmbezirken sank von 73,6 vH. auf 59,5 vH. Die CDU verbesserte sich in ihren Hochburgen im Mittel von 55,5 vH. auf 63,6 vH. Die SPD verlor allein in ihren elf Hochburgen über 3.000 Stimmen. Die CDU gewann in ihren fünf Hochburgen nur 170 Stimmen dazu. Aus diesem Vergleich ist mit ziemlicher Sicherheit zu folgern, daß die CDU ihr Wählerpotential maximal mobilisieren konnte, während die Masse der einstigen SPD-Wähler Enthaltung übte.

Was sind die Ursachen, welche Konsequenzen hat die SPD zu ziehen? Die innerparteilichen Probleme der Kieler SPD waren gering und spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle. Ihre kommunalpolitischen Leistungen sind in der Kieler Bevölkerung allgemein und zum Teil sogar in der CDU akzeptiert. Der SPD-Oberbürgermeister, mit dem die SPD zuletzt noch den Wahlkampf zu personalisieren versuchte, ist bei allen angesehen. Der Wahlkampf wurde zwischen den Parteien im großen und ganzen fair geführt. Er war allerdings kurz und ohne zündende Kontroversen. Daß ihre Wähler zu Hause blieben, muß die Kieler SPD auf die allgemeine Enttäuschung der SPD-Wähler über die Bundespolitik zurückführen. Da die Kieler Wahlbeteiligung aber sieben vH. unter dem Landesdurchschnitt liegt, ist auch ein Indiz dafür gegeben, daß die Kieler Sozialdemokraten es nicht geschafft haben, ihre Wähler durch kommunalpolitische Kontroversen für den Wahlkampf zu motivieren.

Die hohe CDU-Wahlbeteiligung kann dagegen nur bundespolitische Gründe haben. Die CDU ist im Angriff, ihre Mitglieder verspüren Angriffslust (Rewanche für die Bundestagswahl!) und sind hochgradig engagiert. Ihre Wahlerfolge in Hamburg und Rheinland-Pfalz gaben zusätzlichen Schwung. Während die CDU-Anhänger gegen Bonn stimmten, stimmten die SPD-Anhänger nicht für Kiel. Fazit: 1/ beruhen die Verluste der SPD im wesentlichen auf Wahlenthaltungen; 2/ kann die SPD in Richtung DKP zwar nichts gewinnen, aber wohl verlieren; und 3/ kann die SPD ihr Wahlergebnis von 1972 nur wiederholen und ausbauen, wenn sie im Kampf um die Mitte besteht.

Die erste und wichtige Aufgabe der SPD ist es jetzt, ihre Stammwähler wieder für ihre Politik zu engagieren. Das heißt vor allem, mehr und besser über die Leistungen der von ihr geführten Bundesregierung aufzuklären. Dankbarkeit allein aber ist kein ausreichendes Motiv für eine Wahl. Nur wenn die SPD ihre Reformpolitik konsequent fortführt und die Konflikte mit der CDU/CSU nicht scheut, kann sie ihre Wähler wieder mobilisieren. Dabei würde sie auch wieder zu mehr Geschlossenheit und zu mehr Selbstbewußtsein finden, ohne die sie als Partei im Kampf um die Mehrheit nicht wird bestehen können. Innerparteiliche Strafexpeditionen gegen Gruppen, die im Wahlkampf solidarisch zu ihrer Partei gestanden haben, sind keine Ersatzstrategie in der Auseinandersetzung mit der CDU/CSU, die nicht nur die Wirtschaftsverbände, die Großunternehmen, die Presse, sondern auch die Wählermassen mobilisieren kann.

(-/27.3.1974/ke/pr)

+ + +

Die große Herausforderung an die SPD

Biedenkopf CDU beginnt die geistig-wissenschaftliche Auseinandersetzung

Von Rüdiger Reitz

Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand

Zur kritischen Bestandaufnahme der SPD nach den letzten Wahlen muß unbedingt ein Bereich gehören, der in den zurückliegenden Jahren nicht gerade im Zentrum des innerparteilichen Interesses gestanden hat. Aber gerade weil er vernachlässigt wurde, konnte die CDU/CSU in einer für die SPD nicht ungefährlichen Weise ihr Image aufpolieren. Gemeint ist das Thema "Grundwerte" und das "C" in der Politik.

Der Kopf der neuen Unions-Ideologie ist Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf. Ein Mann, der sich bis zur Berufung in das Management der Partei mit sehr profanen Dingen beschäftigt hat, polt ganz plötzlich um auf Fragen, das "Christliche" in der Union betreffend. Von Biedenkopf liegt aus der Zeit vor seinem Partei-Generalsekretariat keine Äußerung von Rang zu diesen Fragen vor. Aber auch der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl läßt keine Zweifel aufkommen. Die beiden Unionspolitiker bereisen seit einem halben Jahr auffällig viele kirchliche Akademien und lassen die Kirchenpresse zu sich bitten. Nur von wenigen ernst genommen, ist in der Union doch Entscheidendes in Gang gekommen.

Obwohl Dr. Richard von Weizsäcker MdB, das dritte Glied in der ideologischen Troika, seit Jahren in die gleiche Richtung denkt, mußte doch erst ein Biedenkopf kommen, um die Chance ins politisch Machbare zu überführen: Die Verknüpfung des Trends zum Konservativismus mit der Anfälligkeit breiter Wählerschichten für politisch aufbereitete säkularisierte Ordnungsvorstellungen mit christlichem Touch. Schlagworte wie "christliches Gedankengut" (Biedenkopf), "christliches Menschenbild" (Kohl), "Verantwortung des Christen in der Politik" (von Weizsäcker) bezeichnen die neue politische Sprache. Prof. Biedenkopf meint, richtig zu kalkulieren: Hebe die SPD/FDP-Koalition noch vor eineinhalb Jahren reformorientierte Wählerschichten für die "Neue Mitte" rekrutieren können, so würde die Entwicklung die neuingeschlagene Taktik bei fortgesetztem Trend zum Konservativismus bestätigen. Die "Neue Mitte" würde dann maßgeblich aus Reformverächtern und Veränderungsunwilligen gebildet. Das ganze wäre - in Ermangelung einer eigenständigen Gesellschaftstheorie der Union - mit bürgerlichem Ordnungsdenken politisch anheimelnd eingepackt. Dazu bietet sich christliches Gedankengut an, das, ordoliberal gedeutet, weder in den Fehler des Faschismus noch des biedereren politischen Patriarchats verfällt. Prof. Biedenkopf möchte für den Ordoliberalismus als die neu herausgekehrte verbindliche Ordnungsvorstellung der Union zwei Bundesgesetze: Im

kulturell-politischen Bereich den Neokonservatismus, im moralisch-politischen Bereich christliche Ordnungsvorstellungen ohne Zukunftszug.

Auch ihr Verhältnis zur Kirche hat die neue Unions-Spitze mit in die Überlegungen einbezogen. Und zwar für die CDU/CSU selbst so fremdartig, daß man nach den Jahren angeschlagenen "C"-Bewußtseins in der Union auf einmal wieder selbstbewußt christlich trägt. Von der CDU konnte Prof. Biedenkopf vor kurzem in einem Grundsatz-Interview, abgedruckt in den "Evangelischen Kommentaren", sagen: "Sie muß unabhängig von den Kirchen eine eigene Position entwickeln." Zu ihrer Identitätsbestimmung als einer Partei, die dem Neokonservatismus politisch den Boden aufbereiten will und dabei eine säkularisierte Ordnungstheorie als Legitimationsinstrument braucht, greift die Union bewußt nicht mehr pauschal auf die Kirche zurück. Zu bestimmen, was christlich ist und was nicht, nimmt die CDU/CSU künftig selbst vor. Etwas abgekürzt ausgedrückt: Die Union hat die "Entkirchlichung" ihrer weltanschaulichen Basis eingeleitet, ohne jedoch das "Christliche" auszufällen. Im Gegenteil. Dies wird jetzt neokonservativ und ordtheologisch gedeutet; gewissermaßen als Ersatz für eine fehlende rationale Gesellschaftstheorie.

Diese verstärkte Hinwendung zum "C" unter neuen Vorzeichen ist Teil eines politischen Drehbuchs für den Ablauf der Unions-Politik in den nächsten Jahren. Regie: CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf. Und er weiß, was er damit will.

Die CDU/CSU ist maßgeblichen Kreisen in den Kirchen und ihren Theologen gegenüber mißtrauisch geworden. Mit Recht, denn katholische Soziallehre und protestantische Sozialethik sind der Unions-Politik schon längst davongelaufen, z.B. im Bodenrecht, bei der Mitbestimmung, in der sozialen Sicherung, beim Antirassismoprogramm. Wenn Biedenkopf der Union jetzt rät, eine Positionsbestimmung unabhängig von der Kirche vorzunehmen, möchte er der Möglichkeit vorbeugen, daß eines Tages kirchlich fortschrittliche Kreise die weitere Anerkennung des "C" in der Union davon abhängig machen, daß die christlichen Demokraten am innerkirchlichen Denkprozeß teilnehmen. Dr. Kohl hat das Unbequeme dieser Situation in einer Rede vor der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg gestreift: "Es wird im Namen des Christentums gesellschaftlich und politisch Unvereinbares vorgetragen."

Bereits die Bundestagswahl 1972 hat der CDU/CSU die schmerzliche Erkenntnis gebracht, daß die Verwurzelung breiter Wählerschichten in der katholischen Kirche kein Garant für den kampflosen Zuschlag von Wählerpotential mehr ist. Prof. Biedenkopf vollzieht jetzt theoretisch nur das, was seit längerem als Glaubwürdigkeitslücke zwischen CDU/CSU und der Kirche, vor allem der katholischen, klafft. Mit diesem chirurgischen Eingriff entschärft Biedenkopf gleichzeitig eine Zeitbombe in der Partei selbst. Sind es doch die Sozialausschüsse, die immer wieder darauf pochen, daß Unions-Politik in Übereinstimmung mit den fortschrittlichen christlichen Soziallehren geschieht. Der Sozialausschüsse-Generalsekretär Dr. Norbert Blüm MdB dazu in einem "Spiegel"-Interview 1971: "Ich bin immer von der Erwartung ausgegangen, daß das 'C', das in dieser Partei so groß geschrieben wird, nochmals Feuer unter den Hintern der Partei macht."

Indem nun Prof. Biedenkopf verlangt, daß die Union in Zukunft eigenständig bestimmt, was "christlich" ist und was nicht, schneidet er der

sozial-ethischen Begründung dessen, was die Sozialausschüsse fordern, den Lebensfaden ab. Blüm und seine Kämpfer werden ins Museum der radikalen Minderheit der CDU/CSU verbannt. Vom Verve der Sozialausschüsse bleibt nur der Hinweis auf die "fruchtbare Spannung". Die Neubestimmung des "C" dient Biedenkopf somit dazu, die Sozialausschüsse zu neutralisieren und dem CDU-Wirtschaftsrat das heißerwünschte Verdünnungsgegeschenk zu machen. Dessen Vorsitzender, Philipp von Bismarck, hat es in der Dezember-Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung", dem Mitteilungsblatt des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU deutlich gesagt: "Die Union hat jetzt die geistige Aufgabe zu bewältigen, das Gedankengut der christlichen Soziallehren mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, dem Ordnungssystem der verantworteten Freiheit, zu verbinden."

Schließlich - das Zitat von Bismarcks zeigt es - will Biedenkopf über die Neubestimmung des "C" die sogenannte Grundwertediskussion auf breiter Linie ankurbeln, um darin die nicht-sozialistische Initiative zur Politik der SPD zu entwickeln. Hierzu hat die Weizsäcker-Kommission bereits in zwei Zwischenberichten vorgearbeitet. Nur daß Prof. Biedenkopf dieses zunächst stark sozialphilosophisch anmutende Unternehmen in eine politischere Strategie umzuarbeiten im Begriff ist. Die Stoßrichtung geht gegen den vermeidlichen "Kollektivismus" und die "Gleichmacherei" der SPD.

Hat man vor Biedenkopf versucht zu bestimmen, was das "C" für die Union bedeutet, so lautet der Auftrag seit Biedenkopf anders: Am Gegner zu benennen, was "Politik aus christlicher Verantwortung" nicht ist. Dr. Kohl hat in seiner Segeberger Rede einen Katalog aufgestellt, der praktisch die gesamten Reformziele und die Motivation sozialdemokratischer Politik umfaßt. Und Biedenkopf nannte sein Grundsatzreferat vor der Katholischen Akademie in München "Die Politik der Unionsparteien - die freiheitliche Alternative zum Sozialismus".

Damit ist Biedenkopfs politische Regie deutlich: Die CDU/CSU soll geistig-weltanschaulich für die Auseinandersetzung mit dem demokratischen Sozialismus fit gemacht werden. Der ehemalige Industriemanager profiliert sich dabei als glänzender Taktiker. Er tut es in dem Bereich des "C" und der "Grundwerte", der in der Auseinandersetzung der Parteien untereinander kaum eine Rolle gespielt hat. Und Prof. Biedenkopf be-

beschäftigt sich in dem Maß mit den weltanschaulichen Grundlagen seiner Partei, wie die SPD es versäumt; im Bereich der sogenannten "Grundwerte"-Diskussion nachzuziehen.

Für die SPD ergeben sich daraus folgende Konsequenzen:

Die CDU/CSU versucht, über die Neubestimmung des "C" und der verstärkten Hinwendung zu "Grundwerten" der SPD die "Neue Mitte" streitig zu machen; in der innerparteilichen Diskussion der SPD sind deshalb verstärkt die weltanschaulich-geistigen Grundlagen der Parteiprogramme zu berücksichtigen.

Auf dem Wege über die "Grundwerte" und dem "C" versucht die Union, sich als Volkspartei im neokonservativen Lager, das von der Furcht vor Veränderung bestimmt ist, zu profilieren; für die SPD folgt daraus, sich stärker mit jenen Ängsten auseinanderzusetzen, die von der Union angesichts sozialdemokratischer Reformpolitik mobilisiert werden.

Die Ideologie der Volkspartei à la Biedenkopf greift auf das Mittel der Profanisierung und Verkürzung "christlichen Gedankengutes" zurück; Biedenkopf will die politische Mitte in der Bundesrepublik mit einer Synthese von (verkürzter) christlicher Soziallehre und ordoliberaler Ordnungspolitik stärken; die SPD muß diese offensive Taktik der Union entsprechend beantworten.

Organisatorisch heißt das für die SPD in erster Linie, die Arbeit in der vom Parteitag in Hannover 1973 eingesetzten Grundwerte-Kommission in dieser Richtung aufzunehmen. Der Präzisierung des demokratischen Sozialismus muß die Beschäftigung mit den Ängsten vor ihm einhergehen. Der weltanschauliche und ordnungstheologische Hintergrund, so zeigt die Union Biedenkopfs, ist dabei gewichtiger als vermutet. In der Präzisierung sozialdemokratischer Grundwerte war Godesberg schon einmal weiter.
(-/27.3.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller